

Änderungsantrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick, Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Christa Luft, Hanns-Peter Hartmann, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6020, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 25

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 25 04 „Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn“ werden die Haushaltsansätze gegenüber dem Regierungsentwurf in folgenden Titelgruppen und Titeln verändert:

In Titel 725 05-011 „Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung im Parlamentsviertel in Berlin“ wird der Ansatz von 374 000 TDM um 56 100 TDM auf 317 900 TDM reduziert.

In Titel 726 01-011 „Baumaßnahmen für Zwecke des Deutschen Historischen Museums in Berlin“ wird der Ansatz von 13 400 TDM um 2 000 TDM auf 11 400 TDM reduziert.

In Titel 730 02-011 „Baumaßnahmen für das Bundespräsidialamt in Berlin“ wird der Ansatz von 36 000 TDM um 5 400 TDM auf 30 600 TDM reduziert.

In Titel 732 01-011 „Baumaßnahmen zur Unterbringung der Bundesregierung außerhalb des Parlamentsviertels in Berlin“ wird der Ansatz von 275 000 TDM um 80 000 TDM auf 195 000 TDM reduziert.

In der Titelgruppe 04 „Kosten von Gutachten, Wettbewerben, Planungen von Sachverständigen, Architekten und Ingenieuren im Zusammenhang mit Baumaßnahmen zur Unterbringung insbesondere von Verfassungsorganen in Berlin“ wird der Ansatz von 148 200 TDM um 22 230 TDM auf 125 970 TDM reduziert.

In der Titelgruppe 06 „Maßnahmen der Wohnungsfürsorge in Berlin und Bonn aus Anlaß der Verlagerung von Parlament und Regierungsfunktionen nach Berlin“ wird der Ansatz von 121 000 TDM um 36 300 TDM auf 84 700 TDM reduziert.

In der Titelgruppe 08 „Leistungen gemäß dem Hauptstadtvertrag mit dem Land Berlin vom 30. Juni 1994“ wird der Ansatz von 270 000 TDM um 170 000 TDM auf 100 000 TDM reduziert.

Bonn, den 26. November 1996

Klaus-Jürgen Warnick
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Christa Luft
Hanns-Peter Hartmann
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Kürzungen bei den Kosten im Zusammenhang mit dem Umzug von Deutschem Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat um durchschnittlich 15 Prozent sind bei Sparsamkeit und Bescheidenheit möglich. Hinzu kommen mögliche Einsparungen durch den Verzicht auf den Bau von Erschließungs- und Verbindungstunnel, den Bau einer bundeseigenen Kita im Regierungsviertel, Mitnutzung der Kapazitäten der Deutschen Staatsbibliothek für die Belange des Deutschen Bundestages, Konzentration der Wohnungsfürsorgemaßnahmen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des einfachen und mittleren Dienstes, Beschränkung der Standards im Wohnungsbau auf Standards, wie sie für den sozialen Wohnungsbau gelten sowie durch Verzicht der Investitionen U-Bahn-Linie U 5 (Abschnitt Alexanderplatz – Lehrter Bahnhof) und Straßentunnel unter dem Tiergarten.